

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
nach der Anweisung des Reichsministers
des Innern - Geschäftsbereich
Sachverhalt Nr. 22.

Veröffentlichung des Anzeigers
nach der Anweisung des Reichsministers
des Innern - Geschäftsbereich
Sachverhalt Nr. 22.

Veröffentlichung des Anzeigers
nach der Anweisung des Reichsministers
des Innern - Geschäftsbereich
Sachverhalt Nr. 22.

Nr. 217

Montag, den 17. September 1923

18. Jahrgang

Deutsche Angebote und ihre Aussichten.

Die Idee, unsere Gläubiger durch eine umfangreiche Beteiligung an unserer Wirtschaft für unsere Existenzbedingungen zu interessieren, ist nicht neu. Schon vor Jahren wurde erwogen, ob man den Reparationsmächten eine Beteiligung an der ganzen deutschen Wirtschaft oder an einzelnen wichtigen Wirtschaftszweigen in Form von Staatsaktien oder Genusschein einräumen und dadurch von der Idee abbringen sollte, territoriale Forderungen in Besitz zu nehmen. Das Kabinett Stresemann hat diesen Gedanken in allgemeiner Form aufgegriffen und im Namen des Reiches zugesagt, eine noch näher zu formulierende Garantie der ganzen deutschen Wirtschaft zu gewährleisten. Dem Einwand, daß hierdurch wenigstens für die nächste Zeit geringer wirtschaftlicher Produktivität nur ganz geringe Summen in die Reparationskasse fließen würden, begegnete man mit dem Vorschlag, diese deutschen Aktien bzw. Genusscheine einer Finanzgruppe zu übertragen, welche darauf ein größeres Darlehen geben könnte. Dies Darlehen sollte zur Tilgung eines großen Teiles der Kapitalsumme verwendet werden. Allen Vorschlägen dieser Art gegenüber haben die leitenden französischen Staatsmänner, und mit besonderer Schärfe Poincaré, wenig Sympathie bekundet. Sie haben das getan, was die Durchführung dieses Projekts am stärksten hindern mußte: Sie haben die in Aussicht genommenen Geldgeber von vornherein abgeschreckt, indem sie den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Deutschland weiter verstärkten und keinen Zweifel darüber ließen, daß sie der Produktivität der deutschen Wirtschaft auch weiterhin mit allen Kräften entgegenwirken würden.

Im Rats seiner Verbündeten hat Frankreich stets behauptet, die deutschen Angebote seien nicht gegenständig und nicht vertrauenswürdig genug, um Frankreich und Belgien zum Verzicht auf die Anwendung ihrer Machtmittel zu veranlassen. Aus verschiedenen Versicherungen Poincarés und seiner Mitarbeiter wissen wir, daß Frankreich es vorzieht, uns unter militärischem und politischem Druck zu halten, selbst auf die Gefahr hin, dadurch die Aussichten auf deutsche Reparationsleistungen zu verlieren. In der deutschen Öffentlichkeit bilden sich tiefgehende Weisungsverschiebungen heraus, ob das neue Kabinett mit den Alliierten und insbesondere mit Frankreich weiter über eine geschäftliche Lösung des Reparationsproblems verhandeln soll oder nicht. Die einen verweisen auf traurige Kapitel der jüngsten deutschen Geschichte, als wir unseren bis dahin eingenommenen Standpunkt verließen, ehe wir Gewähr dafür hatten, daß die Gegenseite in gleichem Grade Konzessionen machte. Der „Temps“ hat zu den Gerüchten, daß deutscherseits detaillierte Angebote gemacht werden würden, und daß wir bestimmt auf die Rückgabe des Ruhrgebietes und die Wiederherstellung vertraglicher Zustände im Rheinland rechnen, sobald wir den passiven Widerstand eingestellt haben, kaltblütig erklärt: „Frankreich und Belgien haben die Einstellung des Widerstandes nicht zu erkaufen.“ Frankreich verlangt also noch wie vor die bedingungslose Aufgabe der bisherigen deutschen Abwehrstellung und stellt als einzige Entschädigung in Aussicht, daß die Besetzung des Ruhrgebietes „unsichtbar“ werden würde. So weit auch das Kabinett Stresemann den Reparationsansprüchen unserer Gläubiger entgegenzukommen bereit ist, so weit kann es die Zugeständnisse nicht treiben, daß es den Widerstand aufgibt und schwere Reparationslasten übernimmt, ohne daß die Wiedereingliederung der bergbaulichen und industriellen Produktion des Ruhrgebietes in die deutsche Wirtschaft einwandfrei gewährleistet ist. Sogar in Paris und Brüssel Staatsmänner auf dem Ministerpräsidentensessel, die praktische Proben ihrer Verschicklichkeit und ihrer Neigung zu einer geschäftlichen Lösung der Reparationsfrage abgelegt hätten, so könnte vielleicht aber den Verzicht auf scharf formelle Garantien diskutiert werden, so aber nicht. Galt Poincaré auch bei weitestgehenden deutschen Zugeständnissen die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation anrecht, so ist das für Deutschland der Beweis, daß jegliches Verhandeln unnütz ist.

Dr. Groß

Wörterbundesbeschlüsse.

Der Rat für gegenseitige Unterstützung angenommen.
Der 8. Ausschuss der Wöterbundesversammlung (Wöterbund) nahm Artikel 1 und 2 des Vertragsobjektes für gegenseitige Unterstützung an.
Nach Artikel 1 verpflichten sich die Vertragsmächte, individuell und kollektiv jeder anderen Vertragsmacht Hilfe zu leisten, wenn sie angegriffen wird, unter der Bedingung, daß die betreffende Macht die Bestimmungen über die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen eingehalten hat.
Artikel 2 legt das Verfahren für den Fall fest, daß eine Bedrohung durch eine Vertragsmacht eintritt.
Von Artikel 4 wurde der erste Absatz angenommen, der besagt, daß der Wöterbundesrat im Falle eines Angriffs innerhalb vier Tage nach der Anmeldung beim Wöterbundessekretariat festzustellen hat, welcher der Staaten der Angreifer ist.

Poincarés neueste Sonntagsreden.

Die alten Klagen. — Aus die Reparationskommission darf Deutschlands Schuld abschätzen. — Wenn Deutschland zahlt, darf es in den Wöterbund.

Bei den Enthüllung eines Kriegerdenkmal in Turin, Poincaré hielt die erste der beiden politischen Reden. Er erklärte, es wäre ein ebenso großer Irrtum, wenn wir uns einbilden wollten, daß unsere Freunde und nicht wir selbst die Verteidigung unserer Interessen durchzuführen haben, wie es unrecht wäre, zu befürchten, daß wir, indem wir unser Recht wahren, irgend jemandem schädigen könnten. Unsere Rechte sind in Verträgen niedergelegt, die unsere Alliierten unterzeichnet haben. Es würde keine Sicherheit mehr in den Beziehungen der Vöter geben, wenn abgeschlossene Verträge verlegt würden. Weder einer neutralen Kommission noch internationalen Sachverständigen, noch einer internationalen Fideikommission, auch nicht einmal dem Wöterbund, dessen Aufgaben groß sind, hat der Vertrag von Versailles die Aufgabe zuteilt, die Höhe der deutschen Schuld festzusetzen oder die Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie bezahlt werden soll, sondern einer besonderen Kommission, die Reparationskommission heißt und deren Befugnisse Deutschland ausdrücklich anerkannt hat.

Wenn man daran denkt, sie beiseite zu stellen, so geschieht dies, weil man glaubt, daß die neuen Konzeptionen weniger genügt ist. Aber diese neuen Konzeptionen würden den übernommenen Verpflichtungen zuwiderlaufen, und das genügt, daß wir uns dazu nicht ergeben. Wir haben Forderungen in der Hand, die wir behalten werden, bis wir Befriedigung erzielt haben.

II.

In seiner gestrigen, in Brüssel, Turin, Poincaré hielt die zweite Rede. Er erklärte, wenn die Weltwörter, deren sich Deutschland schuldig gemacht hat, diejenigen, die die moralische Verantwortung dafür tragen nicht kosten würden, so würden früher oder später die jungen Deutschen der alten Schule glauben, daß sie um jeden Preis den Versuch von neuem unternehmen könnten. Wir müssen also den Betrag unserer Reparationen fordern und über die Aufrechterhaltung unserer Sicherheit wachen. In beiden Fragen werden wir den Speckling in der Hand nicht um der Taube auf dem Dache willen aufgeben. Deutschland, das heute in Massen Kanonen, Flugzeuge und Munition bei sich oder in anderen Ländern herstellt, kann, das in einigen Jahren, zum Kriege bereit, uns gegenüberstehen kann, das unsere tapferen und treuen schwarzen Truppen in der Welt zu diskreditieren versucht, weil es nicht will, daß wir eine Ration von 100 Millionen Menschen sind, gibt uns heute Versicherungen mit Worten, die es für verlockend hält, und Versprechungen, von denen es Wunder erwartet.

Es gibt bei uns viele Leute, die dem Gedanken vorzuziehen finden, daß die rheinischen Weststaaten sich für eine bestimmte Zeit den Status aus garantieren. Lassen wir nicht zu, daß die Freunde Frankreichs sich auf gefährliche Wege verirren. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt haben wird, dann werden wir seine Zulassung zum Wöterbunde nicht ablehnen, dann werden Frankreich und Deutschland sich durch die Bughebrigkeit zum Wöterbunde gegenseitig gegen einen Angriff sichern. Ein Sonderpakt für die Rheinregion würde einen allgemeinen Pakt schwächen, denn er würde dem Osten oder dem Süden mehr Freiheit lassen als dem Westen. Wenn Deutschland wieder militärischen Gehung bekommen wird, wird es seinen Angriff, weitab vom Rheine beginnen.

Ein Garantepakt kann für uns keinerlei praktischen Wert haben, wenn er im Angriffsfall keinerlei rasche militärische Sicherheit garantiert. Garantiepakte, die nicht auf technischen Abkommen analog den früheren beruhen, würden uns im Augenblick der Gefahr allein lassen. Man würde uns erklären, daß wir nichts mehr zu fürchten hätten, daß wir abrücken müßten, und wir würden, wenn die Stunde gekommen ist, von einem Überlegenen, besser ausgerüsteten Heind überfallen. Im übrigen wird diesem Angebot hinzugefügt: Wenn ihr durch einen Haufen Unterhändler geschätzt seid, so werdet ihr doch wohl bereit sein, das linke Rheinufer zu räumen, bevor die durch den Friedensvertrag festgesetzten Fristen abgelaufen sind. Sämtliche Regierungen, die in Frankreich seit 1919 einander gefolgt sind, haben erklärt, daß die Besetzung des linke Rheinufer nicht zu laufen begonnen hätten. Man trachtet nicht, das linke Rheinufer zu räumen, sondern es zu besetzen. Frankreich wird die ihm durch den Friedensvertrag gewährten Sicherheiten festhalten. Weder in dieser, noch in der Reparationsfrage wird es sich mit dem bloßen Wöter begnügen.

Saldwin bei Poincaré.

Die Parteien Morgenblätter bestätigen, daß der englische Premierminister Baldwin Dienstag abend in Paris eintrifft und Mittwoch Nachmittag eine Unterredung mit Poincaré haben wird.

Zu französischen Spionagedienst gepreßt.

Der 28 Jahre alte Müller Rudolf Beger aus Neudorf, Kreis Waltersdorf (Ostpreußen) begab sich am 15. August 1923, um Arbeit zu suchen, in das besetzte Gebiet nach Offenburg. Da er keinen Paß hatte, wurde er festgenommen und nach Rehl gebracht. Er erzählte über seine weiteren Erlebnisse:

In Rehl wurde ich in ein Zimmer zu ebener Erde, zusammen mit französischen Soldaten, die Arreststrafen zu verbüßen hatten, eingesperrt. Erst am 24. 10 Uhr vormittags wurde ich in der Kommandantur einem General vorgeführt. In dem Zimmer standen bereits fünf Deutsche und ich hörte gerade noch, wie der General diesen den Auftrag gab, in die größeren Städte zu gehen, wo Reichswehr in Garnison liege, um dort auszuklonieren, wie groß die Stärke der Truppen, die Beschaffenheit der Ausrüstungen, die Menge der Waffen und die Munition sei. Außerdem sollten sie befehlen, Divisions- und Regimentsbefehle in die Hand zu bekommen. Nachdem er dies gesagt hatte, fragte er mich, weshalb ich ohne Ausweis in das besetzte Gebiet gekommen sei und stellte mir anheim, für die Franzosen Spionagedienste zu leisten, oder weiterhin in Haft zu bleiben. Notgedrungen willigte ich scheinbar ein. Hierauf wurden mir alle sechs Mann nach Offenburg zurücktransportiert und erhielten dort dieselben Instruktionen wie in Rehl. Wir bekamen dann jeden fünf Akzetten und Stäcke. Während dieser Zeit wurden wir Ausweise ausgestellt und ein Offizier sagte uns dann, daß wir mit diesen Ausweisen ungehindert vom besetzten Gebiet ein- und ausgehen könnten. Es wurde uns für jeden einigermassen wichtigen Diktions- oder Regimentsbefehl bezahl. Der Befehl eines Besatzung von 5000 Franken zugesichert, eine barausgabe Besatzung hat jedoch keiner erhalten. Wir sollten nicht zusammen gehen, sondern einzeln in gewissen Abständen Offenburg verlassen. Da ich von vornherein nicht die Absicht hatte, Spionagedienste zu leisten, sondern nur scheinbar darauf einging, so bin ich gleich am 28. auf das Bezirksamt in Bergenkau gegangen und habe dort den Vorfall gemeldet.

Separatisttagung in Kassen.

Die Rheinische Republikanische Volkspartei hatte in Kassen zu einer Versammlung aufgerufen, die von etwa 1200 bis 1500 Personen besucht war. Vor dem Versammlungsort hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden, so daß die Polizei genötigt war, mit einem stärkeren Aufgebot die Ruhe aufrechtzuerhalten. In der Versammlung hatten nur Mitglieder unter sehr scharfer Kontrolle Zutritt. Im Saale waren außer den Sonderbündlern aus einige belgische und französische Offiziere sowie belgische Kriminalbeamte anwesend. Als Hauptredner führte ein gewisser Kaiser u. a. aus, daß die Unabhängigkeit eines freien Rheinlandes nach allen Seiten hin geschaffen werden müsse. Ein anderer Redner teilte mit, daß bei den Verhandlungen mit dem Generalkommissar Krard in Koblenz dieser die bestimmte Forderung gegeben habe, daß Frankreich seine Annexionsabsichten auf das Rheinland hege.

Erwerbslosenmarchen in Dortmund.

Am Sonnabend versuchten 3 bis 4000 Arbeiter in das Verwaltungsgebäude der Dortmunder Union-Deutsch-Bayerische einzufragen und die Auszahlung von Geldern zu erzwingen, obwohl Direktion und Betriebsrat sich auf Auszahlung am Montag geeinigt hatten. Die durch Steinwürfe schwer bedrohte Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen. Eine Person wurde getötet mehrere schwer verletzt.

Die Kundgebungen von angeblichen Arbeitervereinen verließen in der Stadt ruhig, nachdem es der Polizei gelungen war, die Mäße von den Kundgebungen zum Rathaus abzubringen.

Knilling über das Kabinett Stresemann.

Bei der gestrigen Tagung des bayrischen Bauernvereins sprach Ministerpräsident von Anking über seine Unterredung mit dem Reichstanzler: Ich habe mit Freimut gesagt, daß das neue Kabinett nicht erwarten dürfe, daß ihm in gleichem Maße Vertrauen entgegengebracht werden könne wie dem Kabinett Cuno. Ich ließ keinen Zweifel darüber, daß das jetzige Kabinett Bayern jeden Tag vor neue Konflikte bringen könne, und daß Bayern fest entschlossen sei, ungerechten Eingriffen gegenüber mit aller Entschiedenheit aufzutreten. Der